

## PRESSE

BayernSPD Landtagsfraktion

### **SPD legt Masterplan für ein klimaneutrales und soziales Bayern bis 2040 vor**

mit

**Florian von Brunn, MdL,**  
Vorsitzender der BayernSPD-Landtagsfraktion,

**Annette Karl, MdL,**  
wirtschaftspolitische Sprecherin der BayernSPD-Landtagsfraktion,

und

**Prof. Dr. Claudia Kemfert,**  
Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am  
Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung

1. Juli 2021, 10.00 Uhr,  
Konferenzsaal im Bayerischen Landtag und online

## **SPD-Landtagsfraktion legt Masterplan für sozialen Klimaschutz vor: Freistaat muss handeln, stark in Klimaschutz investieren und für sozialen Ausgleich sorgen - Zahlreiche Menschen in Bayern massiv von CO2-Abgabe betroffen**

Die BayernSPD-Landtagsfraktion hat von DIW Econ, einer Tochter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin, einen umfassenden, sozialen Klimaschutz-Plan für Bayern erstellen lassen. Das Konzept für eine sozial-ökologische Modernisierung des Freistaats umfasst die zentralen Bereiche Energie, Verkehr, Gebäude, Industrie und Kommunen. Damit ist die BayernSPD-Landtagsfraktion die erste politische Kraft, die einen konkreten Gesamtweg für ein klimaneutrales und zugleich soziales Bayern bis spätestens 2040 vorlegt. Dafür müssen bis 2030 der komplette Energiesektor und bis 2035 die Bereiche Verkehr sowie Gebäude klimaneutral sein. Der SPD-Fraktionsvorsitzende und Umweltexperte **Florian von Brunn** betont: „Bayern muss im Klimaschutz endlich eine Vorbildfunktion in Deutschland und Europa einnehmen. Wir haben die Mittel zu zeigen, dass soziale Klimaschutzpolitik und Klimaneutralität bis spätestens 2040 im Freistaat nicht nur notwendig, sondern auch möglich sind. Die Mission Zukunftsgerechtigkeit verlangt entschlossenes staatliches Handeln. Wir sind dazu bereit!“

### **Versäumnisse der Staatsregierung beim Klimaschutz**

Die Ergebnisse der Studie belegen nicht nur, dass Bayern unter Markus Söder im Klimaschutz bisher versagt („Der Freistaat Bayern weist erhebliche Defizite im Bereich Klimaschutz auf“). Gerade im Freistaat werden zudem zahlreiche Menschen auch aufgrund der Versäumnisse der Staatsregierung in der Klimapolitik massiv von der CO2-Abgabe getroffen werden. **Florian von Brunn** fordert deswegen Umstiegs-Alternativen und sozialen Ausgleich: „Die CO2-Abgabe erhöhte Heiz- und Spritkosten deutlich. Das trifft im Freistaat vor allem die unteren 20 bis 30 Prozent der Einkommensbezieher sehr hart. Besonders schlimm ist es im ländlichen Raum, wo es häufig kaum öffentliche Verkehrsangebote gibt und Ölheizungen überwiegen. Es reicht nicht, nur an der Preisschraube zu drehen. Wir müssen in Bayern viel stärker als bisher in klimafreundliche Alternativen für die Menschen investieren, den öffentlichen Verkehr auf dem Land ausbauen und wirksame Austauschprogramme für alte Ölheizungen auflegen. Genau dafür legen wir mit der Studie „Bayern klimaneutral und sozial“ einen echten Masterplan für ein klimaneutrales Bayern bis 2040 vor.“

## **Bayerisches Klimageld soll für soziale Gerechtigkeit sorgen**

„Die bisherigen Vorschläge zum Ausgleich reichen bei weitem nicht. Falls das so eintritt, schlagen wir deshalb ein bayerisches Klimageld vor, um diese Belastung auszugleichen und für soziale Gerechtigkeit im Freistaat zu sorgen!“, sagt von Brunn. „Das Klimageld sollte zuerst einkommensunabhängig 50 Euro pro Jahr betragen“. Die Wirtschafts- und Energieexpertin der Landtagsfraktion **Annette Karl** unterstreicht, dass der Ausbau klimafreundlicher Alternativen mindestens genauso wichtig ist: „Die CO<sub>2</sub>-Abgabe kann nur ein zusätzliches Instrument sein. Der Schwerpunkt muss auf Klimaschutz-Investitionen für die Menschen in Bayern liegen. Die Weigerung des Finanzministers, dafür Geld bereitzustellen, schadet dem Klimaschutz und führt zu sozialer Spaltung!“

Die SPD-Klimaschutz-Studie zeigt, wie Klimaschutz wird mit sozialem Ausgleich und Beschäftigungssicherung verbunden werden kann. Dafür werden zahlreiche Maßnahmen vorgeschlagen.

## **10H-Regel aufheben und Bürger und Bürgerinnen an Gewinnen der Windkraft beteiligen**

Im Energie- und Gebäudebereich müssen nicht nur Bremsen gelöst werden, sondern auch zahlreiche neue Initiativen ergriffen werden. „Die Studie zeigt, welche schlimmen Auswirkungen die unsinnige Windkraftstopp-Regelung hat. Wir müssen und wollen 10H umgehend aufheben. Stattdessen werden wir Kommunen und Anwohnerinnen und Anwohner an den Gewinnen der Windkraftanlagen beteiligen – über die Gewerbesteuer und günstigere Strompreise!“, betont die SPD-Energieexpertin **Annette Karl**. Neben dem Ausbau der regenerativen Stromerzeugung ist auch die Wärmewende entscheidend für das Ziel eines klimaneutralen Bayerns. Hier fordert die SPD den starken Ausbau der Erdwärme-Nutzung, die Unterstützung der Kommunen – vor allem in Ballungsräumen - beim Ausbau von Fernwärmenetzen und eine massive Erhöhung der Fördermittel für den Austausch alter Ölheizungen zugunsten von Wärmepumpen und Photovoltaik. „Die Wärmewende kann aber nur gelingen“, so Karl, „wenn Bayern eine Fachkräfteoffensive im Heizungs- und Sanitärbereich startet. Wir brauchen auch genügend Handwerker, die Wärmepumpen und Photovoltaik installieren!“

## **Bayern hinkt unter Söder dem klimafreundlichen Verkehr weit hinterher**

Im Verkehrsbereich gibt es laut Studie in Bayern den größten Handlungsbedarf. Straßen- und Flugverkehr verursachen die im Vergleich höchsten Treibhausgasemissionen. SPD-Fraktionschef **Florian von Brunn** fordert deswegen: „Bayern hinkt unter Söder beim klimafreundlichen Verkehr weit hinterher. Das schlägt sich in der schlechten Klimabilanz nieder. Wenn wir unsere Klimaschutzziele erreichen wollen, müssen wir jetzt die Mobilitätswende anpacken. Die SPD will deshalb den massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs, von Car Sharing und der E-Ladeinfrastruktur gerade auf dem Land. Dafür muss die Staatsregierung die Förderungen für die Kommunen vervielfachen und selbst die Verantwortung für neue landesweite Programme übernehmen. Außerdem gehört dazu auch ein öffentlicher Verkehrstarif für ganz Bayern und die Einführung von bayernweiten Sozialtickets.“

## Mehr Investitionen in Klimaschutz-Technologien

Im Industriebereich und auf dem Arbeitsmarkt fordert die SPD eine viel stärkere Förderung von „Chancenbranchen“ wie Maschinenbau, Elektrotechnik, Elektronik, Messtechnik und Optik durch eine am Klimaschutz orientierte Innovationsförderung: „Leider fließen von den 3,5 Milliarden Euro der sogenannten Hightech Agenda der Staatsregierung laut Studie nur 45 Millionen Euro in Klimaschutz-Technologien, -Forschung und entsprechende Unternehmensgründungen. Das ist viel zu wenig und zeigt, dass Herr Söder und Herr Aiwanger immer noch nicht verstanden haben, um was es geht!“, kritisiert **Florian von Brunn**.

Die wirtschaftspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion **Annette Karl** fordert mehr Unterstützung für die Automobilindustrie und ihre Beschäftigten in der Transformation: „Wir brauchen in Bayern viel mehr Qualifizierungsförderung und Weiterbildungsangebote. Außerdem muss die Innovationsförderung im Bereich der Antriebstechnologie viel stärker ausgebaut werden.“ Die SPD-Wirtschaftsexpertin sieht außerdem in den vom DIW vorgeschlagenen CO<sub>2</sub>-Differenzverträgen ein gutes Instrument, um in CO<sub>2</sub>-intensiven Industrien wie Glas-, Keramik-, Gips- und Zementherstellung die Entwicklung und Einführung neuer klimafreundlicher Prozesse voranzutreiben: „Damit werden Klimaschutz-Innovationen abgesichert und gefördert. Bayern kann davon nur profitieren, auch weil wir dadurch Wettbewerbsvorteile gewinnen!“

## Klimaschutz findet vor Ort in den Kommunen statt

Besonders wichtig ist der SPD-Landtagsfraktion die Stärkung der Kommunen beim Klimaschutz: „Sozialer Klimaschutz findet vor Ort statt“, betont **Annette Karl**, „und muss eine Pflichtaufgabe der Kommunen werden. Sie ist ein Teil der Daseinsvorsorge für jetzige und zukünftige Generationen. Über einen Bayerischen Klimaschutzfonds können dann Maßnahmen wie die Erstellung von Wärmenutzungsplänen in den Gemeinden und die finanzielle Unterstützung der Bürger bei der Sanierung von alten Häusern und Heizanlagen finanziert werden. Sozialer Klimaschutz in Stadt und Land bedeutet gleichwertige, gute Lebensbedingungen in ganz Bayern. Das ist unser Ziel für eine gute Zukunft!“